

Internationale Rundschau

Rezession plus Inflation in den USA?

Präsident *Nixon* trat sein Amt vor einem Jahr mit dem Versprechen an, alles zu tun, um den Kaufkraftschwund des Dollars zu bremsen, der 1968 einen Umfang von etwa 5 vH erreicht hatte. Und zwar solle dies ohne nennenswerte Krise, ohne wesentliche Zunahme der Arbeitslosigkeit erreicht werden.

Die Bilanz nach einem Jahr sieht nicht sehr erfolgreich aus. Zwar hat die Arbeitslosigkeit nicht wesentlich zugenommen; im Verhältnis zur Gesamtzahl der Beschäftigten blieb sie stabil. Aber die Lebenshaltungskosten stiegen noch schneller als im Vorjahr, um 0,5 vH im Monatsdurchschnitt, und das Tempo der Steigerung hat in den letzten Monaten eher zuzunehmen als abgenommen. Auch die Großhandelspreise steigen noch immer, und damit ist bis auf weiteres keine Verlangsamung im Preisanstieg zu erwarten. Dies um so weniger, als die Preise für Dienstleistungen, Verkehrsmittel, Wohnkosten usw. unerbittlich weiter steigen.

Gleichzeitig ist aber der Anstieg im nationalen Gesamtprodukt (GNP) zum Stillstand gekommen und hat das monatelange Rätselraten unter den Experten, ob es eine Rezession geben werde, zu einer müßigen Spielerei gemacht. Die Vereinigten Staaten stehen bereits im Beginn einer Rezession, und die Meinungsverschiedenheiten können nicht mehr über das „ob“, sondern nur noch über das

„wie tief“ gehen. Selbst das Handelsministerium gibt in seiner Februar-Übersicht erstmals zu, daß das Jahr 1970 „ein ungemütliches“ sein werde. Die Optimisten hoffen noch immer auf eine Seitwärtsentwicklung ala 1965/66, mit einem leichten Rückgang in der ersten Jahreshälfte, gefolgt von einem Wiederanstieg in der zweiten. Aber es ist weit wahrscheinlicher, daß die Rezession sich dem Umfang der Rezession von 1960/61 nähern wird, mit seinerzeit 7 vH Arbeitslosigkeit und einer Schrumpfung der Industrieproduktion um 9 vH.

Die statistischen Zahlen geben im Augenblick noch keine genauen Anhaltspunkte über den zu erwartenden Trend. Das GNP stieg noch von 865,7 Md. Dollar 1968 auf 932 Md. im Jahre 1969. Von dieser fast achtprozentigen Steigerung blieb aber nach Anrechnung der Geldentwertung weniger als 3 vH übrig, und im 4. Quartal 1969 ging das GNP in „wirklichen“ Dollars zum erstenmal leicht zurück. *Fortune*, die Zeitschrift der aufgeklärten Businesswelt, rechnet für 1970 günstigstenfalls mit einem Anstieg auf 980 Md., das heißt mit einer echten Steigerung von allenfalls 1 vH, nach einem Rückgang in der ersten Jahreshälfte. Diese Prognose ist zwar weniger günstig als die des Handelsministeriums, scheint aber auch noch eher zu optimistisch. U. a. fußt sie auf der Erwartung, daß die Preissteigerung 4 vH nicht überschreiten werde.

Der Federal Reserve Board-Index für die *Industrieproduktion* (1957—1959 = 100) stieg zwar im Jahresdurchschnitt noch von 165,3 im Jahre 1968 auf 172,5 im Jahre 1969. Er ist aber von seinem Höhepunkt im August 1969 (174,6) ununterbrochen auf 170,9 im Dezember gefallen. *Fortune* erwartet für die erste Jahreshälfte eine weitere Senkung um etwa 3 Punkte auf 168. Ein Tiefpunkt von etwa 160 scheint mir aber durchaus nicht ausgeschlossen, d. h. um etwa 9 vH unter dem Höhepunkt.

Denn alle wichtigen Komponenten, welche die Industrieproduktion beeinflussen, deuten nach unten oder haben bereits ihren Rückgang begonnen. Mit der Stockung im Konsum haben sowohl Fabriken wie Handel begonnen, ihre *Lagervorräte* mehr dem Umsatz anzupassen. 1969 sah noch im Jahresdurchschnitt eine Wertzunahme der Warenlager um 7,9 Md. Dollar, aber der Trend im letzten Quartal ging abwärts, und alles deutet darauf hin, daß die nächsten Monate einen verstärkten Abbau der Vorräte bringen werden: die Automobilindustrie, eine ausgesprochene Schlüsselindustrie, hat ihre Produktion zunächst um etwa 20 vH gedrosselt; die hohen Zinssätze machen eine überhöhte Lagerhaltung sehr kostspielig, und wenn erst die Großhandelspreise sich zu nivellieren beginnen, dann entfällt ein weiterer Anreiz zur Lagerhaltung, der Schutz vor Preiserhöhungen.

Ähnliches gilt für die *Investierungen in Fabrikanlagen und Kapitalgütern*. Sie stiegen von 62 Md. Dollar 1968 auf 71,1 Md. Dollar 1969, eine recht erstaunliche Steigerung in Anbetracht der hohen Kosten und der Schwierigkeiten der Kapitalbeschaffung. Gestützt auf eine Umfrage unter den großen Unternehmen kam das Handelsministerium noch im Januar zur Schätzung einer weiteren Erhöhung für 1970 auf 78 Md. Dollar. Diese Zahl ist aber zweifellos zu hoch gegriffen. Die Ausnützung der Produktionskapazität ist nämlich seit ihrem Höhepunkt von 85 vH Mitte 1967 ständig zurückgegangen und fiel im Dezember 1969 mit 81,8 vH auf einen seit fünf Jahren nicht mehr erreichten Tiefpunkt; ein weiteres Absinken auf etwa 75 vH im Laufe des Jahres erscheint wahrscheinlich. Unter solchen Umständen pflegen die Investitionspläne scharf gedrosselt zu werden, und zumindest das zweite Halbjahr sollte einen Rückgang der Kapitalausgaben bringen.

Der *Wohnungsbau* ist seit über einem Jahr in einer Krise; er liegt mit 1,2 Millionen Einheiten weit unter dem Bedarf. Einerseits sind die Baukosten besonders stark angestiegen, andererseits hat die Kapitalknappheit den Hypothekenmarkt besonders stark getroffen. Andere Investierungsmöglichkeiten werfen eine höhere Rendite ab, und die Sparkassen, traditionell die hauptsächliche Kapitalquelle für den privaten Wohnungsbau, sahen ihre Einlagen reduziert, durch die Beschränkung ihrer Zinssätze auf 5 vH. Die Entwicklung des Wohnungsbaus im Jahre 1970 wird deshalb völlig von der Regierungspolitik abhängig sein, von der direkten Bereitstellung von Mitteln sowie von der Einleitung einer Auflockerung des Kapitalmarkts. Aber bisher hat die Nixonregierung im Gegenteil die Mittel für den sozialen Wohnungsbau in den Großstädten erheblich gekürzt. Eine wesentliche Belebung des Wohnungsbaus ist daher zunächst nicht zu erwarten. Dabei steigt der Wohnbedarf mit der hohen Zahl der Eheschließungen unter der ersten Nachkriegsgeneration stark an.

Schließlich ist der *Güterkonsum* seit einem halben Jahr, nach Einrechnung der Preissteigerungen, ins Stocken gekommen, für Dauerkonsumgüter (Autos, Einrichtungsgegenstände usw.) schon seit einem Jahr. Für 1970 ist gerade bei den letzteren ein Konsumrückgang zu erwarten. Insgesamt stiegen die Privatausgaben von 536,6 Md. Dollar 1968 auf 574 Md. Dollar 1969, nach Berücksichtigung der Preisbewegung immerhin noch um 3 vH. Diese Zunahme ist fast ausschließlich auf die Ausgaben für Dienstleistungen zurückzuführen. Die Steigerung der Lebenshaltungskosten sowie der Zinsen für Kreditkäufe führten übrigens zur Senkung der *Spartätigkeit* von 7 vH auf 2 vH des persönlichen Einkommens, ein selten erreichter Tiefpunkt.

Bei den *Regierungsausgaben* brachte das Jahr 1969 zum erstenmal einen leichten Rückgang der Rüstungsausgaben, jedenfalls in „unveränderten“ Dollar; in laufenden Dollar stiegen sie noch von 78 Md. auf 79,5 Md. Die übrigen Ausgaben der Bundesregierung stiegen von 21,5 auf 23,5 Md. Dollar. Die größte Steigerung lag, wie schon seit Jahren, bei den Ausgaben der Einzelstaaten und Gemeinden, von 100,7 Md. auf 112,5 Md. Dollar. Dieses Verhältnis dürfte sich auch 1970 nicht wesentlich ändern. Eine weitere leichte Senkung der militärischen Ausgaben wird durch eine Steuersenkung wettgemacht. Nixon bewies Ende Januar durch sein Veto des Budgets für das Sozialministerium, daß er entschlossen ist, das Bundesbudget nicht zu erhöhen, auch wenn das die Einschränkung notwendiger Sozialausgaben bedeutet, oder deren Abwälzung auf die ohnedies finanziell überbelasteten Städte.

Erst neuerdings beginnt die Konjunkturstockung sich auch auf den *Arbeitsmarkt* auszuwirken. Die Zahl der Beschäftigten stieg im Laufe des Jahres 1969 noch um etwa 2 Millionen auf 78,7 Millionen. Aber der durchschnittliche Zuwachs sank in der zweiten Jahreshälfte auf einen Monatsdurchschnitt von nur 80 000. Die Arbeitslosigkeit stieg nur um etwa 200 000 und ist mit 3,4 vH der Beschäftigtenzahl ziemlich unverändert geblieben. Aber allein schon die Entwicklung der letzten Monate läßt für 1970 eine Erhöhung der Arbeitslosenzahl um eine Million, das heißt auf etwa 4,8 vH erwarten. Der Rückgang der Industrieproduktion wird eine zusätzliche Freisetzung von Arbeitskräften zur Folge haben; die Flugzeugindustrie (Boeing) und die Automobilindustrie haben bereits mit erheblichen Entlassungen begonnen. Deshalb dürfte eine Steigerung der Arbeitslosigkeit bis Ende 1970 auf über 5 vH durchaus möglich sein. Natürlich werden die ungelerten und halbgelerten Arbeiter am meisten betroffen.

Die Arbeitslosenzahl nahm bisher auch deshalb nicht stärker zu, weil marginale Arbeitskräfte aus dem Produktionsprozeß ausgeschieden, weil — wie üblich zu Beginn eines Konjunkturrückgangs — die Produktivität sank und weil die Überstunden oder die Arbeitswoche verkürzt wurden. Die durchschnittliche Arbeitswoche sank insgesamt von 37,8 auf 37,5 Stunden, in der Industrie allein von 40,8 auf 40,3 Stunden. Überraschenderweise zeigt die Arbeitslosigkeit bisher keine nennenswerte Zunahme unter den Negern. Doch ist die statistische Erfassung der arbeitsfähigen Männer im Getto sehr unzureichend, weil viele von ihnen aus Hoffnungslosigkeit und anderen Gründen sich gar nicht auf dem Arbeitsmarkt melden. Eine kürzliche Untersuchung des Arbeitsministeriums in einem New Yorker Getto ergab, daß dreimal soviel Män-

ner zwischen 20 und 65 arbeitslos waren als offiziell gezählt wurden.

Wie schon erwähnt, stieg der Index der *Lebenshaltungskosten* (1957—1959 = 100) um 6,1 vH von 121,2 auf 127,8. Davon stiegen Nahrungsmittel und Dienstleistungen um je 7,2 vH, Wohnkosten um 6,7 vH. Für 1970 ist allenfalls für die zweite Jahreshälfte mit einer Senkung auf 4,5 bis 5 vH zu rechnen.

Die *Löhne* hielten für die Gesamtheit der Arbeiter mit der Preiserhöhung nicht Schritt, auch wenn einzelne starke Gewerkschaften ihre Position etwas verbessern konnten. Der Durchschnittsstundenlohn stieg von Dezember 1968 bis November 1969 nur noch um etwa 5 vH von 3,11 Dollar auf 3,26 Dollar. Der Durchschnittswochenlohn in der Industrie stieg noch weniger, von 127,82 Dollar auf 132,36, oder um 3,5 vH. In der Tat fiel der *Realwochenlohn* seit 1965 um beinahe 1 vH. Kein Wunder, daß die Enttäuschung der Arbeiter zu verschiedenen Streiks geführt hat, von denen neuerdings der Streik von 130 000 Arbeitern bei General Electric über drei Monate andauerte. Dabei sind die meisten gewerkschaftlich organisierten Arbeiter besser geschützt als die unorganisierten Arbeiter, welche die Mehrzahl der Beschäftigten stellen.

Da Nixon es im Gegensatz zu seinen Vorgängern ablehnt, den Einfluß der Regierung auch nur moralisch — durch Aufstellung von Richtlinien bremsend auf die Preis- und Lohnentwicklung einzusetzen, stiegen vor allem die Preise 1969 mehr denn je, und jede Woche bringt auch jetzt noch Meldungen weiterer Preiserhöhungen in vielen Grundindustrien. Es wird eines kräftigen Rückgangs der industriellen Produktion bedürfen, bevor ein Umschwung eintreten kann.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die folgenden Symptome klare Anzeichen für einen Konjunkturrückgang darstellen: Rückgang des Wohnungsbaus — Stockung des Güterkonsums — Reduktion der Lagerbestände — Einschränkung der Kapitalinvestitionen — Zunahme der Arbeitslosigkeit — Kürzung der Arbeitswoche.

Die kumulative Wirkung dieser Faktoren wird zumindest die Industrieproduktion in diesem Jahr reduzieren, wahrscheinlich aber auch das nationale Gesamtprodukt selbst. Die anhaltenden inflationären Tendenzen werden diese Entwicklung zwar vielleicht verhüllen, aber in Wirklichkeit noch verschärfen.

Der weitere Verlauf der Konjunktur wird entscheidend von den Maßnahmen der Regierung und des Federal Reserve Board in Washington abhängen. 1969 lag die Priorität beider Gremien auf der Bekämpfung der Inflation: durch Anziehung der Zinsschraube und durch Verknappung des Kapitalmarkts sowie

durch die Bremsung der bundesstaatlichen Ausgaben. Diese Maßnahmen haben konjunkturdämpfend zu wirken begonnen, aber sie haben die Preissteigerungen nicht gestoppt. Gewiß pflegen diese das Ende des Konjunkturipfels um mehrere Monate zu überleben. Aber diese Zeit ist abgelaufen, und ein Ende ist immer noch nicht in Sicht.

Der Gedanke einer größeren Arbeitslosigkeit und des damit verbundenen Drucks auf das Lohnniveau mag manchen konservativen Unternehmerkreisen nicht unangenehm erscheinen, auch wenn gleichzeitig die Profite sinken. Sie würden eine kurze kräftige Rezession 1970 einer sich länger hinziehenden Flaute schon aus politischen Gründen vorziehen. Aber diese Kreise sind heute nicht mehr so einflußreich wie unter *Eisenhower*; damals bestimmte der erzkonservative Businessman *George Humphrey* die Richtung der Wirtschaftspolitik. *Arthur Burns*, Wirtschaftsberater unter Eisenhower, ist Nixon's engster Berater in Wirtschaftsdingen geworden. Er trat im Februar den Vorsitz des Federal Reserve Board an, von der die Kreditpolitik des Landes bestimmt wird. Er hat bereits angedeutet, daß unter Umständen die Zeit für eine Lockerung der Diskontschraube und der Kreditpolitik nicht mehr fern sei. Voraussetzung dafür wäre ein knappes und ausgeglichenes Budget und eine Verlangsamung des inflationären Drucks.

Auch Nixon ist sich vermutlich der sozialen Gefahren bewußt, die ein Konjunkturrückgang mit erheblicher Arbeitslosigkeit in der ohnedies durch Vietnamkrieg und Rassenfrage gespaltenen Nation hervorrufen müßte. Man kann nur hoffen, daß Regierung und „Fed“ den Zeitpunkt des Eingreifens nicht verpassen.

Präsident *Kennedys* Wirtschaftsberater, meist Neo-Keynesianer, ermöglichten ihm eine vorausschauende Wirtschaftspolitik, die eine mehrjährige ununterbrochene Konjunktur mit minimaler Erhöhung der Lebenshaltungskosten einleitete. *Johnsons* Konjunkturpolitik war opportunistischer; aber vor allem stieß er sich an der harten Tatsache, daß die Kosten des eskalierenden Vietnamkriegs, verbunden mit dem Ausbau von Sozialausgaben, unvermeidlich zur Inflation führen mußten. Nixon sieht sich ebenfalls vor diesem Dilemma; der von den Demokraten beherrschte Kongreß sträubt sich überdies, seine Versuche, die Sozialausgaben einzuschränken, zu unterstützen.

Zwar hat derselbe Kongreß endlich begonnen, die Militärausgaben etwas unter die Lupe zu nehmen. Aber solange der Vietnamkrieg andauert, ist die amerikanische Wirtschaft mit einer Hypothek belastet, die ihre Handlungsfreiheit erheblich einschränkt. Deshalb wird die unselige Kombination von Rezession und Inflation wohl den größten Teil des Jahres 1970 anhalten.

George Günther Eckstein

Im Zeichen der
zweiten Entwicklungsdekade:
Ergebnisse der
24. UNO-Generalversammlung 1969

Im Gegensatz zu den Tagungen der vergangenen Jahre wurde die 24. ordentliche Tagung der Generalversammlung schon im Dezember 1969 abgeschlossen und keine Frühjahrssession angekündigt, d. h. es konnte in allen auf der Tagesordnung stehenden Punkten eine — wenn auch zum Teil nur formale — Lösung gefunden werden. Dieses scheinbar positive Ergebnis kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die großen weltpolitischen Fragen entweder überhaupt nicht auf der Tagesordnung standen (Vietnam, Biafra, Tschechoslowakei) oder — wie die Nahostfrage — ohne inhaltliche Behandlung einfach vertagt wurden. Es ist ein politischer Bedeutungsschwund der Generalversammlung zu verzeichnen, der sich unter anderem in der leichteren Beschlußfassung über die verbliebenen Fragen niederschlägt; hätten die politischen Beschlüsse der Generalversammlung eine echte Bedeutung, so würde sicherlich härter um Positionen gerungen, es würde mehr Änderungsanträge, mehr Kampfabstimmungen, mehr Gegenstimmen und sicherlich auch mehr Stimmenthaltungen geben. Heute sind aber leider viele Resolutionen nur undurchsetzbare Forderungen propagandistische Übungen, denen sich jedermann im Hinblick auf ihre eigentliche Unschädlichkeit relativ leicht anschließen kann. Daß die Generalversammlung dennoch eine Reihe von nützlichen Beschlüssen gefaßt hat, soll die nachfolgende Bestandaufnahme der Ergebnisse zeigen.

Als die Generalversammlung am 16. September 1969 eröffnet wurde, war die allgemeine Stimmung von realistischer Skepsis geprägt, die vor allem auch in der Eröffnungsansprache der Präsidentin (Mrs. *Angie E. Brooks*, Vizeaußenminister, Liberia) zum Ausdruck kam. Sie sprach vom „gradual decline of the United Nations in the eyes of the public opinion“. Trotzdem würden aber die Forderungen an die Vereinten Nationen immer größer, und die Weltorganisation habe „all the potential to become the only saving de vice that the world can invenjt“. Daß die Vereinten Nationen auf dem politischen Gebiet zunehmend an Prestige eingebüßt haben und daß sich demzufolge die großen politischen Entscheidungen mehr und mehr aus ihren Organen heraus in andere Gremien verlagert haben, hat die Organisation noch nicht überflüssig gemacht: Die Schwerpunkte liegen jetzt auf anderen Gebieten: auf dem der Erschließung neuer Räume (*Weltraum* und *Meeresboden*), der Nutzbarmachung neuer technischer Verfahren (*Atomenergie*), der Bekämpfung der Gefahren, die die technischen Entwicklungen andererseits für die *Umwelt des Menschen* ge-

bracht haben (Luft- und Wasserverschmutzung, Überbevölkerung u. dgl.) sowie vor allem auch auf dem der wirtschaftlichen Entwicklung und der Entwicklungshilfe.

Die Schwerpunktverlagerung zeigte sich deutlich im Jahresbericht des Generalsekretärs *U Thant*, dann aber auch in der Tagesordnung der Generalversammlung. Dagegen war die traditionelle Pressekonferenz des Generalsekretärs zu Beginn der Generalversammlung hauptsächlich weltpolitischen Problemen gewidmet (Abrüstung, Chinafrage, Vietnam, Nahostproblem, Möglichkeiten einer Gipfelkonferenz usw.). Dies entspricht aber auch dem Interesse der öffentlichen Weltmeinung, gerade die wunden Stellen der UNO offenzulegen, dem Interesse an konstruktiver Kritik.

Die Generaldebatte dauerte vom 18. September bis 8. Oktober 1969. Zwei Staatsoberhäupter (darunter Präsident *Nixon*), drei Ministerpräsidenten, über 70 Außenminister und einige Minister anderer Ressorts ergriffen in dieser Diskussion das Wort. Diesmal war die Debatte nicht durch das überstarke Hervortreten einiger Hauptprobleme gekennzeichnet, sondern eher sehr breit aufgefächert. Viele Länder beschäftigten sich in erster Linie mit ihren eigenen Problemen oder den Problemen ihrer Region. Von den allgemeinen Weltproblemen stand das Entwicklungsproblem und insbesondere die *zweite Entwicklungsdekade* im Mittelpunkt des Interesses. Daneben beschäftigten sich eine große Anzahl von Diskussionsrednern mit der Stellung der Vereinten Nationen im allgemeinen, mit ihren Schwächen und den Notwendigkeiten für eine Reform. Was von den dabei vorgebrachten Ideen und Anregungen wirklich einen prägenden Einfluß haben wird, kann sich erst später zeigen.

Von den politischen Fragen interessieren jedes Jahr von neuem die *China-* und *Koreafrage*. Das Problem der Zulassung Rotchinas auf den Sitz Chinas in den Vereinten Nationen hat seine atemberaubende Dramatik allerdings etwas eingebüßt, seitdem die Mehrheit zuungunsten Rotchinas wieder solider geworden ist. Die Chinafrage wurde im Jahre 1969 mit 71:48:4 Stimmen zur wichtigen Frage erklärt, über die nur mit Zweidrittelmehrheit entschieden werden kann. Der Antrag auf Zulassung Rotchinas an die Stelle Nationalchinas konnte aber nicht einmal die absolute Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen (48:56:21). In der Koreafrage wurde eine neue Taktik versucht. Einige Staaten sind der Ansicht, daß die Wiedervereinigung Koreas nicht mehr in den Vereinten Nationen erörtert werden sollte. Zwar fand ein entsprechender Unterpunkt Aufnahme in die Tagesordnung, aber in merito wurde der Antrag auf dauernde Absetzung dieses Problems von der Tagesordnung abgewiesen.

Bedeutende Initiativen in der *Abrüstungsfrage* gab es in der Generalversammlung noch

nicht. In teilweisem Zusammenhang mit der Abrüstungsfrage steht aber zweifellos der sowjetische Vorschlag einer Deklaration über die internationale Sicherheit. Nach der Generaldebatte dieses neuen Punktes, der im Zusammenhang mit den Initiativen für eine Europäische Sicherheitskonferenz zu sehen ist, aber eben weltweit gespannt ist, wurde die Diskussion darüber zum Zwecke privater Konsultationen unterbrochen.

Die an sich mit hochpolitischen Aspekten befrachtete Frage der *Flugzeugentführungen* war dem Rechtsausschuß zugewiesen worden. Nachdem neuerdings Flugzeugentführungen auch aus Ostblockländern vorgekommen waren, war die Diskussion auf rein sachliche Basis gestellt. Die Vorschläge im Rechtsausschuß sehen die Erlassung nationaler Strafbestimmungen, die Ausarbeitung einer diesbezüglichen Konvention im Rahmen der ICAO (Internationale Organisation für Zivil-Luftfahrt der UNO), sowie die Ratifikation der schon bestehenden Tokioter Konvention über Verbrechen an Bord von Luftfahrzeugen durch möglichst viele Staaten vor.

Auf der wirtschaftlichen und sozialen Seite standen natürlich wieder die Probleme der *Entwicklungsländer* im Vordergrund. Im Sozialausschuß wird an einer Deklaration über soziale Entwicklung gearbeitet. Im Wirtschafts- und Finanzausschuß ist die wichtigste Entscheidung wohl die über die Einführung eines allgemeinen, nicht auf Gegenseitigkeit beruhenden, nichtdiskriminatorischen Präferenzsystems für die Fertigwaren- und Halbfabrikatausfuhren der Entwicklungsländer. Ein entsprechendes Übereinkommen soll im Rahmen der Welt-handelskonferenz (UNCTAD) ausgearbeitet werden. Es sollte möglichst schon im Jahre 1970 in Kraft treten können. Interessant ist auch die Entscheidung, ein eigenes Teilbudget für industrielle Entwicklung beizubehalten. Die gleichlautende bisherige Regelung war nur provisorisch gewesen. Die Entscheidung stellt einen Kompromiß zwischen den Befürwortern einer eigenen Budgethoheit der UNIDO (Organisation der UNO für Industrielle Entwicklung, Wien) und den Verfechtern des völligen Aufgehens der UNIDO-Finzen im allgemeinen UNO-Budget dar.

Im letzten Berichtszeitraum war der sog. „*Pearson-Bericht*“ veröffentlicht worden, der die wenig hoffnungsvolle Lage des internationalen Entwicklungshilfe-Systems unter den heutigen Umständen plastisch geschildert hatte. Nunmehr ist ein ähnlich fundamentales Dokument, das ausschließlich auf die Entwicklungshilfe der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen bezogen ist, erschienen: der sogenannte „*Jackson-Bericht*“. Es handelt sich dabei um eine im Auftrag des Verwaltungsrates des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) durchgeführte Studie des Au-

straliers Sir *Robert Jackson* darüber, wie weit die Entwicklungshilfe der UNO tatsächlich wirksam ist und ob sie sich allenfalls wirksamer gestalten ließe. Der 600 Seiten starke Bericht, der die Erfahrungen der UNO-Entwicklungshilfe von 1960 bis 1968 auswertet, kommt zu zum Teil sehr kritischen Schlußfolgerungen: das UNO-System sei quantitativ und qualitativ überlastet, es fehle eine globale Entwicklungspolitik, und organisatorisch könne der ganze Apparat noch wesentlich gestrafft und dadurch billiger und übersichtlicher gemacht werden. Die vorgeschlagene Neuregelung sieht insbesondere die Ausweitung des UNDP zu einer zentralen Entwicklungshilfe-Behörde mit einem hochintegrierten Informationssystem vor.

Schließlich wurde auch die Frage der *Überbevölkerung* diskutiert, besonders die Bevölkerungsexplosion der Entwicklungsländer. Auf nahezu dreieinhalb Milliarden Menschen belief sich die Weltbevölkerung Ende 1967 nach Angaben der UNO-Statistik. Ihre Verteilung über die einzelnen Regionen der Erde ist jedoch sehr unterschiedlich — während sich in Europa durchschnittlich 60 Menschen einen Quadratkilometer als Lebensraum teilen müssen, kommen in Asien nur 43, in Afrika elf, in Nordamerika 12, in Südamerika 10 und in Australien sogar nur zwei Menschen auf den Quadratkilometer. Unter den 140 „souveränen Staaten“ ist Libyen mit nur einem Einwohner pro Quadratkilometer am dünnsten und Taiwan (Formosa) mit 356 Einwohnern pro Quadratkilometer am dichtesten besiedelt. In den meisten Entwicklungsländern ist der Bevölkerungszuwachs mit rund drei Prozent erheblich, in Venezuela liegt er bei fast 4 Prozent. Unterschiedlich wie die Struktur und Besiedlung der einzelnen Länder ist auch ihre Krankenversorgung. Am katastrophalsten dürfte sie derzeit in Äthiopien sein, wo nur ein Arzt auf 69 000 Einwohner kommt. Nicht viel besser ist sie auch in Nigerien und Obervolta, wo auf 65 000 und 63 000 Menschen ein Arzt kommt.

Geradezu erschreckend aber ist das Haupthindernis für einen wirtschaftlichen Aufschwung, das *Analphabetentum*, verbreitet. Im Zeitalter der Computer und Raumsonden können in Guinea immer noch 99,7 Prozent, in Niger 99,1 und im Senegal 94,4 Prozent der Menschen weder lesen noch schreiben. In neun weiteren Ländern liegt der Anteil der Analphabeten an der Wohnbevölkerung noch über 80 Prozent, nämlich in Nigeria, Gabun, Libyen, Marokko, Pakistan, Tunesien, im Kongo, dem Sudan und dem Irak. Zwar ist der Anteil der völligen Analphabeten innerhalb der letzten zehn Jahre von 44 auf 33 Prozent der Weltbevölkerung gesunken, aber zu Beginn des „Internationalen Erziehungsjahres 1970“, der so ausführlich während der UNO-Generalversammlung diskutiert wurde und lebhaft be-

grüßt wurde, sind nach einer Mitteilung der UNESCO (UNO-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur) rund 750 Millionen Menschen Analphabeten, das sind 50 Millionen mehr als zehn Jahre zuvor, und mit der Bevölkerungsexplosion in den Entwicklungsländern wächst auch die Zahl der Analphabeten von Jahr zu Jahr.

Alle diese Erkenntnisse bedeuten, daß schwerwiegende Entscheidungen hinsichtlich der Strategie der zweiten Entwicklungsdekade getroffen werden müssen. Einige Beschlüsse der UNO-Generalversammlung beinhalten die Verpflichtung des gesamten Systems der Vereinten Nationen und deren Mitgliedstaaten, Wege der Entwicklungspolitik zu suchen, die auf dem Gebiet der wirtschaftlichen und sozialen Politik zu maximalen Ergebnissen führen müssen. Diese Beschlüsse würden ferner bedeuten, daß die Mitgliedstaaten vor sehr schwere Entscheidungen gestellt werden hin-

sichtlich der Bereiche, denen der Vorrang in ihren Entwicklungsplänen einzuräumen sei — der Landwirtschaft oder der Industrie, arbeitssparenden Produktionsmethoden oder solchen, die die Beschäftigung und Erziehung verhältnismäßig zahlreicher Arbeitskräfte erfordern. Vor diese schwierige Wahl würden sie sich auch in bezug auf viele andere Planungsgebiete gestellt sehen, die wie Unterricht und Berufsausbildung, institutionelle Reformen und internationaler Handel, direkten oder indirekten Einfluß auf die Beschäftigung haben. Es ist eine gewaltige Aufgabe, aber sie müßte bewältigt werden, wenn die kommende Entwicklungsdekade nicht zu grenzenloser Enttäuschung und Verzweiflung, zur „Aufgabe aller in das System der Vereinten Nationen als Schrittmacher des Friedens, des Wohlstandes und des Fortschritts gesetzten Erwartungen“ führen soll.

Erich Wiener